Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

...stellungen nehmen die Austrägen... für Auswärtige die Postanstalten... gegen. — Erscheint werktäglich.
...nsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1440

Nr. 224 — Sonnabend, den 25. September 1926 — 21. Jahrgang

Dr. Wirth über den republikanischen Geist des Zentrums.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth antwortet Professor Lujo Brentano auf dessen Bitte um eine klare und eindeutige Auskunft über die „Treue der deutschen Zentrumspartei zur Republik" im „Berliner Tageblatt" unter Hinweis auf die Mitarbeit des Zentrums beim Zustandekommen der Weimarer Verfassung u. a.:

In der Weimarer Verfassung lebt auch ein gut Stück Zentrumsseele.

In diesem lebendigen Verwachsensein durch Verantwortung findet sich die tiefste, ungemein wurzelfeste Gewähr für die Treue des Zentrums zur Republik. Daß es im Zentrum Kreise gibt, die aus persönlichen Interessen oder gesellschaftlichen Bindungen diese staatsbauende Tätigkeit nicht angemessen zu würdigen wissen, leugne ich nicht. Sie werden sich aber wohl eher auf die neue Tatsache einrichten als die

Verfechter eines romanisch-kirchlichen Monarchismus.

Auf die weitere Frage Lujo Brentanos hinsichtlich der Möglichkeit einer Verständigung mit den Sozialdemokraten und Demokraten auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiet antwortet Dr. Wirth indem er die realpolitische Haltung der Zentrumsführung betont, der ihr christlicher Idealismus, wenn sie eine Politik machen mußte, nie ein Hindernis gewesen sei. Dr. Wirth fügt hinzu: Auch die sächsischen Altsozialisten und viele Jungsozialisten sehen den Unterschied zwischen Partei und Bewegung; auf sie setze ich die Hoffnung, zur Verständigung zu kommen. Auf sozialpolitischem Gebiet gibt sich die Möglichkeit praktischer Zusammenarbeit ziemlich leicht. Die moderne Technik wird häufig von einem unsozialen Kapitalismus beherrscht. Der moderne Arbeitsmensch fühlt sich noch als Sklave der Wirtschaft. In der Befreiung des Menschen aus dieser würdelosen Abhängigkeit sieht der Christ sowohl wie der Sozialist eine Aufgabe der deutschen Republik. Es ist leider in revolutionären Kreisen vielfach die Auffassung vertreten, daß die Kirche mit der bestehenden Gesellschaftsform auf Gedeih und Verderb verbunden sei. Diese Ansicht ist falsch. Wenn das katholische Volk die konfessionelle Volksschule verlangt, so tut es dies nicht, um ein Machtmittel gegen radikal-soziale Reformen in der Hand zu haben. Kein vernünftiger Katholik wird verlangen, daß auch die Sozialistenkinder in der konfessionellen Schule erzogen werden müßten. Zum Schluß erklärt Dr. Wirth, daß in der demnächst erscheinenden Wochenschrift die vorliegenden Fragen ausführliche Beantwortung finden werden.

Der Außenminister wieder in Berlin.

Berlin, 23. Sept. Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann ist heute mit dem fahrplanmäßigen Zuge nachmittags um 5 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Weismann und Ministerialdirektor Dr. Kiep auf dem Anhalter Bahnhof von Genf eingetroffen. Zum Empfang waren auf dem Bahnsteig erschienen: der Reichskanzler Dr. Marx sowie Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Bell, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haslinde und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der augenblicklich in Berlin weilende deutsche Botschafter in Amerika, Freiherr von Maltzan, der englische Botschafter Viscount d'Abernon, der französische Geschäftsträger, der belgische Gesandte, der polnische Gesandte, der Schweizer Gesandte, der tschechoslowakische Geschäftsträger, Ministerialdirektor Dr. Köpke, Geheimrat Zechlin sowie eine Reihe anderer Herren vom Auswärtigen Amt.

Reichsminister Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

Berlin, 23. Sept. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag 6 Uhr den Reichsminister Dr. Stresemann zum Bericht über die Genfer Verhandlungen. Nach dem etwa einstündigen Vortrag dankte der Reichspräsident dem Reichsminister Dr. Stresemann für seine mühevolle Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt angeknüpften Verhandlungen zur Lösung der noch schwebenden schwierigen Fragen und zur baldigen Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes führen möchten.

Stresemanns Dank an die gastliche Schweiz.

Genf, 23. Sept. Kurz vor seiner Abreise aus Genf teilte Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann dem Vertreter des „Bund" seine Ansichten über die Genfer Tagung und seinen Dank an die Schweiz in folgenden Worten mit:

Ehe ich in die Heimat zurückkehre, möchte ich es nicht unterlassen, erneut meiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß es mir wieder einmal vergönnt gewesen ist, im schönen gastlichen Schweizerlande einige Wochen zu verbringen. Natur und Bevölkerung haben dazu beigetragen, der deutschen wie den übrigen an dieser Tagung mitwirkenden Delegationen einen erfreulichen Ausgleich für die Anstrengungen an diesen Tagen zu geben. Die herzliche Aufnahme, die wir bei der Schweizer Bevölkerung gefunden haben, besonders anzuerkennen, ist mir heute ein Bedürfnis, und wenn ich mich über meine sonstigen Eindrücke von dieser ersten Tagung des Völkerbundes äußern soll, an der ich als deutscher Delegierter im Bund und Rat teilnehmen konnte, so ist es vor allem der einer Befriedigung darüber, daß die uns entgegengebrachte Gesinnung auch innerhalb des Völkerbundes selbst überall im Einklang mit derjenigen stand, die ich bezüglich der Schweizer Bevölkerung eben feststellte. Die in der Vollversammlung gewechselten Reden sind uns eine Gewähr dafür, daß Deutschland im gleichen Geist hier empfangen und aufgenommen worden ist, in dem die deutsche Delegation die Reise hierher antrat und ihre Arbeit im Völkerbund aufgenommen hat: im Geiste gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens. Gewiß wird es noch manche Schwierigkeit zu überwinden geben, bevor unser Verhältnis zu anderen Staaten, mit denen wir im Völkerbund zusammenarbeiten, die volle Klärung erhalten hat, die unsere Außenpolitik anstrebt. Gewiß wird es dazu einer immer erneuten Bemühung von allen Seiten, einer Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die Notwendigkeiten Anderer bedürfen, die an sich nicht leicht ist. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, in der Form und in dem Geiste, in dem er sich vollzog, ist aber eine Grundlage geschaffen, auf der wir weiterbauen können und werden zum Wohle unseres Volkes und damit auch zum Wohle des europäischen Friedens und der Zusammenarbeit.

Telegramm des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an Dr Stresemann.

Koblenz, 23. Sept. Der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs hat an den Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann anläßlich seiner Rückkunft von Genf folgendes Telegramm gesandt:

„Bei Ihrer Ankunft in Berlin empfangen Sie der Rheinprovinz herzlichen Gruß und Dank für alles, was Sie in mehrjähriger zielbewußter und zäher Arbeit im Wege der Verständigung für uns getan und erreicht haben. Gott schenke unserem Vaterlande recht bald völlige Freiheit und Frieden.

Oberpräsident Fuchs, Reichsminister a. D."

Zurücknahme von Ausweisungsbefehlen durch die Rheinlandkommission.

Koblenz, 23. Sept. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit:

In Durchführung der Koblenzer Befriedungsvereinbarungen vom 10. September hat die Interalliierte Rheinlandkommission 29 Ausweisungsbefehle zurückgenommen. Es handelt sich dabei u. a. um den früheren Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Momm, Direktor Dr. Ley aus Boppard, Oberregierungsrat Dr. Pralle aus Birkenfeld, Kriminalpolizeikommissar Ludendorff aus Aachen, Direktor Jutra aus Kreuznach, Oberbürgermeister Mahla aus Landau, Kassierer Giffert aus Kusel, die Aerzte Dr. Rieck und Dr. Risson aus Mayen, Amtsrichter Fritsch und Amtmann Werber aus Kehl. In weiteren 23 Fällen hat die Rheinlandkommission ferner Beamten, deren Ausweisung bereits früher aufgehoben worden war, nunmehr die Erlaubnis zur Wiederaufnahme ihrer Amtstätigkeit erteilt. Diese Entscheidung bezieht sich u. a. auf den Polizeiinspektor Schuchardt in Koblenz, Polizeiinspektor Janke aus Bendorf bei Neuwied, Studienrat Natter aus Mayen, Kreisdirektor Dr. Gaßner aus Oppenheim, Regierungsassessor Dr. Metternich aus Bingen und Landgerichtsrat Dr. Mayer aus Mayen.

Deutschtum im Ausland.

Wie man die deutsche Stadt Sternberg tschechisiert.

Aus Olmütz wird geschrieben: An derjenigen Stelle, wo das geschlossene deutsche Sprachgebiet Nordmährens am weitesten gegen die Olmützer deutsche Sprachinsel vorspringt, liegt das rein deutsche industriefleißige Sternberg, eine Stadt von über 15 000 Einwohnern. Hart an den Grenzen dieser Stadt führt die deutsch-tschechische Sprachgrenze vorbei. Die Tschechen haben seit dem Umsturz alles daran gesetzt, um den urdeutschen Charakter der Stadt Sternberg zu verfälschen und der Stadt künstlich das Gepräge einer gemischtsprachigen Siedlung zu verleihen. Hierzu wurde die Bodenreform mit herangezogen, es wurden große Ländereien und Forste des Fürsten Lichtenstein enteignet und mit Tschechen besiedelt, eine Landesirrenanstalt mit tschechischem Personal besetzt, der durch die Bodenreform tschechisierte Vorort Allhütten der Stadt Sternberg einverleibt, um so die Begründung für die Errichtung einer tschechischen Volks- und Bürgerschule zu haben, deutsche Staatsangestellte wurden entlassen oder versetzt und Tschechen an ihre Stelle gebracht u. a. m. Als dies alles nichts nützte, suchte die tschechische Militärverwaltung die Tschechisierungsbestrebungen dadurch zu fördern, daß sie das vom Kriege her in Sternberg befindliche Militärbarackenspital nicht — wie es anderwärts überall geschehen ist — auflöste, sondern weiter instand hielt, obwohl bei einem Belagraum von 2000 Betten darin nur 87 kranke Soldaten, meist Tschechen, Unterkunft haben. Für diese 87 erholungsbedürftigen Soldaten werden 300 tschechische Aerzte, Wärter und sonstige Angestellte unterhalten, so daß auf jeden Kranken 3½ Personen zur Wartung zur Verfügung stehen. Kein Einspruch der Steuerzahler noch sonstige Bedenken wurden beachtet. Alljährlich unternimmt der Generalarzt von Olmütz Besichtigungen im Militärbarackenlager in Sternberg, aber die Geschäfte gehen ihren ungehinderten Gang. Der mit Vorliebe bei deutschen Schulen hervorgekehrte Grund zu sparen gilt hier nicht. Denn es geht ja in erster Linie darum, dieses tschechische Personal zur Heranzüchtung einer tschechischen Minderheit in Sternberg, das früher keinen Tschechen in seinen Mauern beherbergte, zu erhalten und so allmählich die Stadt zu tschechisieren. Dies ist ein typisches Beispiel, wie man auf den verschiedensten kaum möglich gehaltenen Wegen eine deutsche Stadt zu tschechisieren versucht.

•

Großer Erfolg des Arbeiter-Sängerfestes in Philadelphia.

Dem Deutschen Ausland-Institut wird aus Neuyork geschrieben:

Das Zehnte Bundes-Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes der Nordost-Staaten, das m 4., 5. und 6. September in der Ausstellung in Philadelphia stattfand, war ein großer Erfolg.

Der erste Schritt zur Gründung des Arbeiter-Sängerbundes der Vereinigten Staaten wurde in der am 5. September stattfindenden Konention getan. Einstimmig beschloß die Konvention auf Anregung von vier Delegaten aus Pittsburgh, Pa, und Erie, Pa., welche den Nordwestlichen Arbeiter-Sängerbund vertraten, in Verhandlungen zur Verschmelzung der beiden Arbeiter-Sängerbünde einzutreten.

Das nächste Bundes-Sängerfest wird im Jahre 1929 in Neu Haven, Conn., abgehalten.

Am „Labor Day", den 6. September, wurde das große Sängerfite im Schützenpark zum Abschluß gebracht, der weit ausserhalb von Philadelphia liegt. Der Festleitung war es gelungen, die Münchener Schuhplattlerkapelle unter ihrem Dirigenten Peupus für ein Konzert zu gewinnen, das denn auch großen Beifall und Würdigung fand. Die Kapelle war bekanntlich für das Bayerische Restaurant auf der Weltausstellung engagiert und wurde einfach auf die Straße gesetzt, als das Restaurant der schlechten Geschäfte halber schließen mußte. Ein Bayerisches Restaurant ohne anständiges Bier war freilich von vornherein ein Unding.

•

Deutsche Arbeiter-Sportvereine in Amerika.

Aus Neuyork meldet man dem Deutschen Ausland-Institut: Die Sportbewegung hat in deutsch-amerikanischen Kreisen, nicht zum mindesten durch die Zuwanderung frischer Kräfte aus Deutschland, einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Arbeiter-Turn- und Sportverein hatte vor kurzem eine Pressekommission eingesetzt, bestehend aus dem Bundesturnwart und dem Bundesschwimmwart; die Kommission hat jetzt unter Anwesenheit des Fußballobmannes eine Versammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, Vorbereitungen für die Schaffung eines Bundesorgans zu treffen. Ausdrücklich wurde gesagt, daß das Blatt ein Lehr- und Leitfaden für Turner und Sportler werden soll und kein nichtssagendes Vereinsklatschblättchen. Der Presseausschuß will das Bundesorgan am 1. Januar 1927 erstehen lassen.

•

Vorsicht bei der Auswanderung nach Sao Paulo.

Wie dem Deutschen Ausland-Institut aus Rio de Janeiro mitgeteilt wird, erklärte kürzlich in einer Versammlung der Paulistaner Kaffeepflanzer ein Redner, daß es den Agenten der Paulistaner Regierung nur darauf ankomme, das Kopfgeld von 17 Pfund für jeden Emmigranten zu erhalten; sie kümmerten sich deshalb wenig um die Qualität der Auswanderer und